



Abstimmung vom 14.06.2015

Föderalismus höher gewichtet als stärkere Chancengleichheit: Stipendien bleiben kantonal

Abgelehnt: Volksinitiative «Stipendieninitiative»

Silvan Herren

Empfohlene Zitierweise: Herren, Silvan (2020): Föderalismus höher gewichtet als stärkere Chancengleichheit: Stipendien bleiben kantonal. *Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen*. Online: www.swissvotes.ch. Abgerufen am [Datum].

Herausgeber dieses Dokuments: Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen. Année Politique Suisse, Universität Bern, Fabrikstrasse 8, 3012 Bern. www.swissvotes.ch.

VORGESCHICHTE

Trotz Fortschritten bei der Chancengerechtigkeit wird der Zugang zu höherer Bildung in der Schweiz – wie in ganz Europa – immer noch wesentlich von der sozialen Herkunft bestimmt. Ausbildungsbeiträge sind ein Mittel, um Talentpotenziale auszuschöpfen und die Chancengerechtigkeit zu stärken. Diese liegen in der Zuständigkeit der Kantone, welche dafür pro Jahr rund 180 Millionen Franken ausgeben.

2009 schliessen sich die ersten Kantone im sogenannten Stipendienkonkordat zusammen, welches 2013 in Kraft tritt. Ziel des Konkordats ist die Harmonisierung der kantonalen Gesetzgebungen und die Festlegung von Grundsätzen und Mindeststandards. Verschiedene parlamentarische Vorstösse mit ähnlicher Zielsetzung werden 2011 vom Ständerat mit Hinweis auf das Konkordat abgelehnt.

Vereinheitlichung und Mindeststandards sind auch die Forderungen des Verbands der Schweizer Studierendenschaften VSS, der 2012 eine entsprechende Volksinitiative einreicht. Trotz steigenden Studierendenzahlen haben die Kantone gemäss den Initianten 2005 rund 10% weniger Mittel für die finanzielle Unterstützung von Studierenden ausgegeben als 1997. Zudem seien die teils grossen Unterschiede zwischen den Ansätzen der verschiedenen Kantone nicht tragbar.

Obwohl der Bundesrat die Stossrichtung der Initiative als berechtigtes Anliegen beurteilt, stellt er ihr einen indirekten Gegenvorschlag gegenüber: die Totalrevision des Ausbildungsbeitragsgesetzes. Er will damit die kantonalen Bestrebungen fördern und beschleunigen sowie Anreize für einen Beitritt weiterer Kantone zum Stipendienkonkordat schaffen. Die Initiative empfiehlt er zur Ablehnung, weil sie zu Mehrausgaben und zu einer bedeutenden Kompetenzverlagerung von den Kantonen zum Bund führen würde. Das Parlament schliesst sich den Überlegungen des Bundesrates an. Der Kommissionsberichtersteller Fathi Derder (FDP, VD) fasst die Mehrheitsposition so zusammen: «Die Initiative stellt die richtigen Fragen, die darin vorgeschlagenen Antworten schiessen jedoch übers Ziel hinaus». Gegen die Stimmen der SP und der Grünen empfehlen National- und Ständerat die Initiative zur Ablehnung.

GEGENSTAND

Die Initiative sieht vor, dass neu der Bund statt die Kantone für die Gesetzgebung über die Stipendienvergabe zuständig ist. Ausserdem verlangt sie, dass die Ausbildungsbeiträge den Empfängern einen minimalen Lebensstandard ermöglichen. Der Bund wird ermächtigt, die Kantone auch auf anderen Bildungsstufen zu unterstützen und die interkantonale Harmonisierung zu fördern. Die Initianten rechnen damit, dass jährlich rund 500 Millionen Franken zusätzlich in Form von Stipendien an Studierende fliessen würden und ein deutlich höherer Anteil von Studierenden einen Anspruch auf Stipendien bekäme.

ABSTIMMUNGSKAMPF

Den linken Parteien und Gewerkschaften schliessen sich nicht nur akademische Kreise und CSP sowie EVP, sondern auch die Kleinparteien SD

und MCG mit einer Ja-Parole an. Die anderen bürgerlichen Parteien und Wirtschaftsverbände empfehlen ein Nein, wobei sich vor allem die FDP als entschiedene Gegnerin der Initiative hervortut, indem sie von «Mindestlöhnen für Studenten» spricht.

Auf beiden Seiten wird mit der Kompetenzfrage argumentiert. Für die Befürworter sind die kantonalen Unterschiede nicht gerechtfertigt und stehen der Chancengerechtigkeit im Weg, während die Gegner vor unnötiger Zentralisierung warnen. Während die Initianten in der Vorlage auch eine Lösung für den Fachkräftemangel sehen, stehen für das Nein-Lager vor allem die hohen Kosten im Vordergrund. Ausserdem untergrabe die Initiative die bereits bestehenden Harmonisierungsbemühungen des Konkordats.

In den Medien erzielt die Vorlage nur wenig Aufmerksamkeit: von den vier gleichentags stattfindenden Abstimmungen stösst die Stipendieninitiative auf das geringste mediale Interesse. In den Medien herrscht kein Konsens über den Handlungsbedarf, und über die Vorlage wird – mit der Ausnahme einiger Westschweizer Titel – überwiegend negativ berichtet (fög 2015).

ERGEBNIS

An der Urne hat das Volksbegehren keine Chance. Nur 27,5% der Stimmbevölkerung unterstützen das Anliegen. In keinem Kanton erreicht die Initiative eine Mehrheit, und auch auf Ebene der Bezirke wird sie abgesehen von La Chaux-de-Fonds flächendeckend abgelehnt. Die französische Schweiz ist der Vorlage etwas weniger abgeneigt, mit 42,2% Ja-Stimmen in Genf und Neuenburg. Besonders gering ist die Unterstützung in Appenzell Innerrhoden mit 13,0% sowie allgemein in ländlichen Kantonen. Mit Ausnahme von Lausanne erzielt die Initiative aber selbst in den grossen Städten und Universitätsstandorten keine Mehrheit.

Die Vox-Analyse (Heidelberger et al. 2015) stellt fest, dass sich der ausgeprägte Links-Rechts-Gegensatz aus der Kampagne auch bei den Abstimmenden zeigte. Selbst unter den Sympathisantinnen und Sympathisanten des linken Lagers gab es aber keine klare Mehrheit für die Vorlage. Eine Mehrheit der Befragten, selbst unter den Nein-Stimmenden, war sich zwar einig, dass das momentane System problematisch sei. Sie fanden aber, dass die Antwort der Initianten dem Problem nicht gerecht werde. Vor allem die geforderte Kompetenzverschiebung zum Bund wurde kritisch beurteilt, zumal die Bildungspolitik weithin als Sinnbild für die noch vorhandene kantonale Souveränität gilt.

QUELLEN

fög (2015). *Abstimmungsmonitor zu den Vorlagen vom 14. Juni 2015. Bericht vom 12. Juni 2015*. Zürich: Forschungsinstitut Öffentlichkeit und Gesellschaft der Universität Zürich.

Heidelberger, Anja, Alexander Arens und Adrian Vatter (2015). *Vox-Nachanalyse der eidgenössischen Abstimmung vom 14. Juni 2015*. Bern: gfs.bern und Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern.

Mosimann, Andrea (2020). *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Harmonisierung von Ausbildungsbeiträgen, 2008-2010*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 7.3.2020.

Mosimann, Andrea, Suzanne Schär und Guillaume Zumofen (2020). *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Harmonisierung von Stipendien und anderen Ausbildungsbeihilfen, 2010-2015*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 7.3.2020.

Wolter, Stefan et al. (2010). *Bildungsbericht Schweiz 2010*. Aarau: Schweizerische Koordinationsstelle für Bildungsforschung.

Erläuterungen des Bundesrates zur Abstimmung vom 14.6.2015 (Abstimmungsbüchlein). Herausgegeben von der Bundeskanzlei.

Amtliche Bulletins des National- und des Ständerats (Geschäft 13.058).

Bundesblatt: BBl 2013 5515.